

Unterstützung für den Mittelstand

Mit rund 97 Prozent sind fast alle Betriebe der deutschen Chemie- und Pharmaindustrie dem Mittelstand zuzurechnen. Fast 60 Prozent aller Beschäftigten der Branche erwirtschaften in diesen Unternehmen mehr als die Hälfte des gesamten Branchenumsatzes. Zudem wurde zuletzt nahezu die Hälfte aller Investitionen vom Mittelstand erbracht. Während die Herstellung von Basischemikalien eine Domäne von Großunternehmen ist, spezialisieren sich Mittelständler in der Regel auf deren Weiterverarbeitung zu Fein- und Spezialchemikalien, Polymeren und Stoffen für konsumnahe Bereiche wie zum Beispiel Hygiene- und Kosmetikartikel. Damit geht eine große Nähe zu ihren Kunden einher, da eher kleinere Mengen mit speziellen Anforderungen hergestellt werden müssen. Nicht wenige Mittelständler zählen zu den Hidden Champions der deutschen Wirtschaft.

Steigender Leidensdruck in den Unternehmen

Die schwierige wirtschaftliche Lage für die deutsche Chemie- und Pharmaindustrie wirkt sich insbesondere auf den Mittelstand aus: Gerade kleinere und mittlere Unternehmen leiden unter den zunehmenden Investitionshemmnissen durch überflüssige und komplizierte Regulierungen auf Bundes- und

EU-Ebene, durch hohe Energiepreise und viel zu langsame und bürokratische Genehmigungsverfahren sowie überbordende Berichtspflichten. Doch nicht nur Energie, auch Arbeitskräfte und Rohstoffe sind am Industriestandort Deutschland vergleichsweise teuer. Der hohe Wettbewerbsdruck infolge steigender Kosten und mangelnder internationaler Wettbewerbsfähigkeit bedroht viele Unternehmen zunehmend in ihrer Existenz. Diese Gemengelage erschwert zudem die Unternehmensnachfolge.

Wettbewerbsfähigkeit fördern statt behindern

Die Unsicherheit über zukünftige Regulierungsvorhaben sowie unzuverlässige politische Rahmenbedingungen zählen laut einer Mitgliederumfrage des VCI zu den größten Bremsfaktoren für mittelständische Unternehmen. Zudem binden zu hohe Regulierungsanforderungen ihre ohnehin schon knappen personellen Ressourcen. Noch bleiben die meisten Unternehmen trotz wachsender Herausforderungen erfolgreich. Die meisten wollen dem Industriestandort Deutschland die Treue halten und so weiterhin das „Rückgrat der deutschen Wirtschaft“ bilden – allerdings findet die schleichende Verlagerung ins Ausland mittlerweile auch im Mittelstand statt.

Dafür setzt sich der VCI ein

● Mittelstandsfreundliche Rahmenbedingungen für den Wirtschaftsstandort

Um die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und der EU wieder zu verbessern und Investitionen anzureizen, benötigen mittelständische Unternehmen dringend niedrigere Strompreise, eine effektive digitale und analoge Infrastruktur, keine neuen Steuerbelastungen sowie eine Begrenzung der Gesamtsteuerlast für Unternehmen auf maximal 25 Prozent. Eine Einwanderung von qualifizierten Fachkräften könnte die angespannte Arbeitsmarktlage insbesondere jenseits der urbanen Ballungsräume abmildern.

● Bürokratielast abbauen

Durch die Reduktion unnötiger Anforderungen wie Doppelregulierungen und steigende Berichtspflichten, rigorosen Bürokratieabbau durch kluge Nutzung von Digitalisierung in Bund- und Länderbehörden sowie den Einsatz flexiblerer Instrumente wie Praxischecks und zeitliche Befristungen könnten die ohnehin knappen Personalressourcen effizienter und wertschöpfender eingesetzt sowie Genehmigungsverfahren beschleunigt werden. Die Wettbewerbsfähigkeitsprüfung bei neuen Gesetzesvorschlägen und das „One in one out“-Prinzip sollten endlich effektiv auf deutscher und EU-Ebene angewendet werden.

● Innovation fördern

Um Innovationen im industriellen Mittelstand effektiv zu fördern, bedarf es einer Ausweitung der förderungsfähigen Größenklassen auf deutscher und europäischer Ebene. Zudem sind viele Programme zu aufwändig und bürokratisch, um mit vertretbarem Aufwand eingesetzt zu werden. Anträge und Umsetzung sollten deshalb erheblich vereinfacht, Experimentierklauseln und Reallabore ermöglicht werden. Die europäische KMU-Definition muss verändert, und ihre Schwellenwerte müssen nach oben angepasst werden. Gemeinsam mit der EU-Kommission muss sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass die europäische Stoffpolitik risikobasiert bleibt und auf pauschale Stoffverbote verzichtet wird.